

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

SOGEKO stimmt der Prämienverbilligung für 2014 zu

Solothurn, 15. November 2013 - Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat einem Kantonsbeitrag zur Prämienverbilligung für das Jahr 2014 in der Höhe von insgesamt rund 57,75 Millionen Franken zugestimmt. Im Weiteren befasste sie sich mit zwei parlamentarischen Vorstössen zu den Themen Wegfall der Anbindung der Sozialhilfemassnahmen an die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sicherheit (SKOS) sowie der Einreichung einer Standesinitiative betreffend berufliche Eingliederungsmassnahmen für Behinderte mit Anspruch auf eine Vollrente.

Unter der Leitung ihres Präsidenten, Albert Studer (SVP, Hägendorf), stimmte die SOGEKO einstimmig dem Antrag des Regierungsrates zu, für die Prämienverbilligung 2014 insgesamt rund 130 Millionen Franken bereitzustellen. Diese Mittel setzen sich zusammen aus dem Bundesbeitrag von rund 72,2 Millionen Franken und dem Kantonsbeitrag von rund 57,75 Mio. Franken (80% des Bundesbeitrags).

Unter der Annahme, dass 2014 rund fünf Millionen Franken zur Deckung von Verlustscheinen anfallen, werden für die Prämienverbilligung rund 125 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Mit den zu erwartenden Zunahmen in den Bereichen Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe verringert sich die für die ordentliche Prämienverbilligung bereitgestellte Summe erneut. Die sozialpoli-

tischen Zielvorgaben können so nur noch für untere Einkommen erreicht werden.

Anbindung der Sozialhilfeleistungen an die SKOS-Richtlinien

Im Auftrag von Alexander Kohli (FDP, Grenchen) wird der Regierungsrat aufgefordert, Vorschläge zur Änderung des Sozialgesetzes zu erarbeiten, um die Anbindung der Bemessung der Sozialhilfeleistungen an SKOS-Richtlinien für den Kanton Solothurn zu lösen. Dabei sollen für den Kanton eigene, tiefere und somit der Finanzkraft des Kantons angemessene Bemessungsrichtlinien erlassen werden. Die Kommission folgte mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung mit dem Wortlaut, dass der Regierungsrat beauftragt wird, die Sozialverordnung zu revidieren, um Ausnahmebestimmungen in den Bereichen Sanktionsrahmen, situationsbedingte Leistungen (inkl. Anreizsystem), Leistungen an Jugendliche und junge Erwachsene sowie Vermögensfreibetrag zu schaffen.

Standesinitiative zur Wiedereinführung von erstmaligen beruflichen Eingliederungsmassnahmen für Behinderte

Der Auftrag von Felix Lang (Grüne, Lostorf) möchte, dass der Regierungsrat eine Standesinitiative einreicht, mit welcher der Bund aufgefordert wird, die seit Frühjahr 2011 geänderte Praxis der IV rückgängig zu machen. Der Auftragsinitiant fordert, dass wie zuvor für die Bewilligung von erstmaligen beruflichen Eingliederungsmassnahmen für Behinderte ein Einkommen von mindestens 10% (und nicht wie heute 25%) des Referenzlohnes möglich sein soll. Die Kommission folgte grossmehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung des Auftrags. Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen werden im Rahmen ihrer Fähigkeiten mit Hilfe der IV gefördert und nach ihren Bedürfnissen im Arbeitsmarkt platziert.